

# AKZENTE.



Foto: BSA Kärnten

Gruppenbild mit Kärntner Künstlerinnen: Karin Herzele, Organisatorin Melitta Trunk, Andrea Mischitz-Rettenbacher, Vizebgm. Maria Luise Mathiaschitz, Eva Asaad, Tanja Prusnik, Larissa Tomassetti, Ina Loitzl, Anna Rubin, Bella Ban und Loitzl-Kinderschar

**BSA KÄRNTEN: KUNSTPROJEKT ZUR SENSIBILISIERUNG**

**BSA SALZBURG: LANDESRÄTIN SCHARER ZU GAST**

**BSA VORARLBERG: DISKUSSION ZUR SICHERHEIT VON PENSIONEN**

### BSA Kärnten: Kunstprojekt zur Sensibilisierung

**In Klagenfurt wurde eine Ausstellungsreihe zur Prävention von Gewalt gegen Kinder und Jugendliche, nach eine Idee von Tanja Prušnik und Ina Loitzl in Kooperation mit der „Initiative wider die Gewalt“ von Melitta Trunk, eröffnet.**

Die Vernissage war übertoll, das Gästebuch verzeichnete 468 Eintragungen, Menschen standen vor dem Europahaus Schlange. Das hat Klagenfurt selten gesehen, und dass so viele renommierte Künstler gemeinsam ausstellen, gab es überhaupt noch nicht.

Melitta Trunk kann mit diesem Erfolg mehr als zufrieden sein. Sie widmet diese Ausstellung zwei verstorbenen Kulturfrauen: Renata Sikoronja (sie wurde am Eröffnungstag begraben!) und Frida Stank.

Was die Ziele der Ausstellungsreihe betrifft, so lassen wir Künstlerinnen selbst zu Wort kommen: „Medienberichte über schockierende Taten, Gewalt in der Familie, Erinnerungen an zu lange verdrängte Erlebnisse aus der Schulzeit haben in uns immer wieder das Bedürfnis geweckt, etwas zu tun. Als Künstlerinnen Stellung zu beziehen und Bewusstsein zu schaffen für Zivilcourage, hinsehen statt wegschauen, hinhören statt sich taub zu stellen, einmischen statt ignorieren.“

Aus diesem Bedürfnis ist die Idee zu diesem Projekt entstanden, das wir gemeinsam mit der seit 20 Jahren bestehenden Initiative wider die Gewalt von Melitta Trunk realisieren. Wesentlichste Zielsetzung unseres Projektes ist es, einen Beitrag zur Prävention zu leisten.

Am 6. Februar findet die Vernissage zur Ausstellung von Werken von 18 Kunstschaffenden im Europahaus Klagenfurt statt. Danach werden wir mit jeweils anderen Künstlern aus dem jeweiligen Bundesland durch Österreich „tounen“. Mit diesen Ausstellungen wollen wir Jugendliche, SchülerInnen, StudentInnen, Eltern, Pädagogen und die Öffentlichkeit erreichen, um durch die Vermittlung von Kunst für das Thema der Gewalt gegen Kinder und Jugendliche im positiven Sinne des Wortes Lobbyismus zu betreiben.

Folgende Künstlerinnen und Künstler sagten für die Ausstellung in Kärnten zu: Ina Loitzl, Tanja Prušnik, Bella Ban, Tita Ruben, Andrea Rettenbacher, Ernst Logar, Richard Kaplenig, Inge Vavra, Jochen Traar, Judith Lava, Marlies Liekfeld-Rapetti, Anna Rubin, Karin Herzele, Marko Lipuš, Eva Asaad, Katarina Schmidl, Karl Brandstätter und Larissa Tomassetti.

In Wien werden neben anderen Mario Dalpra und Olivia Weiss, Michael Kos und Renate Bertelmann dabei sein, Drago Druškovič und Birgit Pleschberger in Salzburg, Axel Staudinger, Branko Lenart und Walter Köstenbauer in der Steiermark sowie Ursula Mairamhof in Tirol.

Den Reinerlös aus dem Verkauf der Arbeiten investiert das Künstlerkollektiv in weitere bewußtseinsbildende Maßnahmen und ausgesuchte Projekte zur Prävention von Gewalt gegen Kinder und Jugendliche.

Direkt angesprochen für den Ankauf der Arbeiten sollen neben Privatpersonen auch Unternehmen, private und öffentliche Institutionen werden, damit die Projektidee weiterlebt und die arbeiten wiederum einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.“

### BSA OÖ: „Götterdämmerung des Neoliberalismus“

**Die Fachgruppe Wirtschaft lud zu einer hochaktuellen Podiumsdiskussion zum Thema „Finanzkrise“. Dem brisanten Thema entsprechend folgten trotz Vorweihnachtszeit ca. 80 KollegInnen aus den FG Wirtschaft, Technik, AHS LehrerInnen und dem Netzwerk Neue Basis.**

Unter der Moderation von Dieter Troller diskutierten Reinhard Krausbar, Mitglied des Vorstandes der OÖ Landesbank (Hypo), Alfred Düsing, Mitglied des Vorstandes der voestalpine Stahl Linz und Christian Böhm, Vorsitzender des Vorstandes der APK über Ursachen, Auswirkungen und mögliche Maßnahmen der / gegen die aus den USA auf den gesamten Globus übergeschwappte Finanzkrise.

Zu Beginn gab Reinhard Krausbar eine messerscharfe Analyse der Genese dieses Phänomens, welches mittlerweile

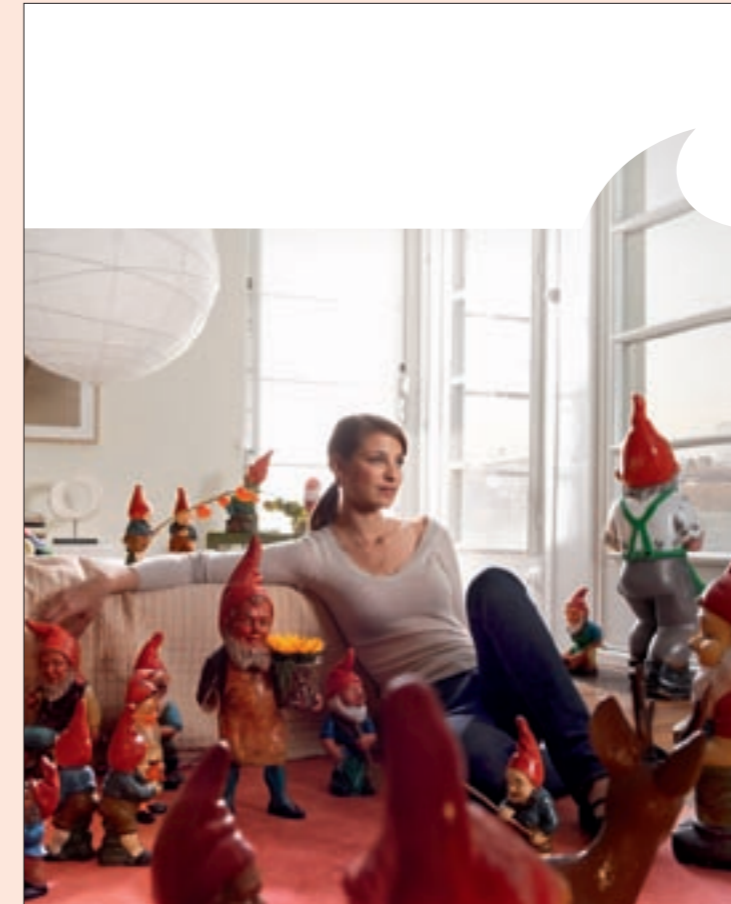
volkswirtschaftliche Schäden in astronomischen Höhen – Berechnungen schwanken in einer Bandbreite von €4,0 bis €19 Billionen – anrichtete. Auslöser dieser Misere war der durch die amerikanische Niedrigzinspolitik verursachte Kredit- und Immobilienboom in den USA ab 2001.

Die US-Amerikaner lebten auf Pump und wurden von den Banken dazu ermuntert. Der allgemein verständliche Wunsch nach einem Eigenheim wurde durch „Subprimes“, also Hypothekenkredite unter der Primerate / Leitzins turbomäßig gefördert. So niedrig konnte die Bonität eines Kreditnehmers gar nicht sein, als dass er nicht einen Kredit für seinen Hauskauf erhalten hätte. Die Schuldbriefe wurden von den Banken in Pools gebündelt, aufgeteilt, neu verpackt und an Investoren zur Risikostreuung verkauft.

Als im Sommer 2006 die US- Häuserpreise wieder fielen und gleichzeitig die Zinsen wieder stiegen, konnten immer mehr Hausbesitzer ihre Kredite nicht mehr bedienen. Die Häuser wurden zwangsversteigert, die Preise brachen auf breiter Front ein. Im Sommer 2007 brach die Krise los, als sich die

in Hedgefonds befindlichen und weltweit verkauften Subprime Schuldbriefe als wertlos erwiesen. Milliardenverluste entstanden. Nacheinander gerieten Renommierbanken in den USA, aber auch in Europa in große Kalamitäten. Zu diesen Zeitpunkt verschloss die sogenannte Realwirtschaft, also die Sachgüter- und Dienstleistungen produzierende Industrie, noch ihre Augen und glaubte oder hoffte, dass sich die Krise auf die Finanzbranche beschränken würde.

Ein böser Irrtum, denn im Spätherbst 2008 erreichte die Krise ihren bisherigen Höhepunkt: Die US Regierung, welche bereits vorher mit Milliardenspritzen marode Banken retten musste, schnürt ein US\$ 700 Milliarden Paket um „giftige“ Kredite aufzukaufen. Sieben britische Banken müssen durch Verstaatlichung gerettet werden, Island, Ungarn, Ukraine werden durch den IWF vor dem Staatsbankrott gerettet und die größten Notenbanken der Welt senken die Leitzinsen. Dennoch bleiben die Börsen auf Talfahrt, Panikstimmung macht sich breit, es ertönen laute Hilferufe an den Staat. Was im neoliberalen Turbokapitalismus die Todsünde schlechthin war, wird nun



# WIR ZIEHEN BALD IN EIN HAUS MIT GARTEN.

**Und wie sieht Ihr Wohntraum aus?** Egal ob Sie eine Immobilie kaufen oder renovieren wollen, egal ob es sich um die charmante Stadtwohnung oder das Einfamilienhaus im Grünen handelt: Wir unterstützen Sie bei Ihren Plänen. Alle Informationen zum Bau- und WohnService erhalten Sie in Ihrer Bank Austria Filiale, telefonisch über die InfoLine **05 05 05-25** und natürlich im Internet unter [www.bankaustria.at](http://www.bankaustria.at)

Die Bank zum Erfolg.  **Bank Austria**  
UniCredit Group

### Impressum

Medieninhaber und Herausgeber: BSA – Bund Sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller und KünstlerInnen. 1010 Wien, Landesgerichtsstraße 16. Anzeigenannahme und Abo-Verwaltung: Margareta Artner, Tel 01/ 310 88 29 - 17, Chefredaktion: Mag. Franz Spitaler, Dip. Mgmt., MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Mag. Brigitte Bernhart, Mag. Michael Gerbavits, Dr. Doris Griesler, Dr. Walter Krenn, Gabriele Pichler, Mag. Melitta Trunk, Mag. Klaus Zausinger, Redaktionsadresse: 1010 Wien, Landesgerichtsstraße 16, Tel 01/ 310 88 29-0, Fax 01/ 319 92 82-27, E-Mail: [akzente@bsa.at](mailto:akzente@bsa.at), Verlag: Verlag der SPÖ GmbH, 1014 Wien, Löwelfstraße 18, Coverphoto: BSA Kärnten, Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz: „Akzente“ ist die Zeitung des BSA und dient zur Mitgliederinformation über das Vereinsleben. „Akzente“ erscheint viermal im Jahr.

händeringend erbeten – staatlicher Interventionismus durch Geldspritzen. Innerhalb kürzester Zeit werden weltweit Bankenhilfspakete und Konjunkturpakete aufgelegt, in Summe € 3,9 Billionen für Banken und €1,4 Billionen für konjunkturfördernde Maßnahmen. Und auch diese astronomischen Summen sind nur vorläufig und werden nicht reichen. Spätestens jetzt trifft die Krise auch die Realwirtschaft.

In der nachfolgenden Diskussion beklagt Alfred Düsing als Vertreter der Realwirtschaft den Umstand, dass die Realwirtschaft unverschuldet zum Handkuss kommt und angesichts der sich abzeichnenden Konjunktüreintrübung keine andere Möglichkeit hat, als rigorose Sparprogramme zu fahren. Die voestalpine wird 2009 ihre Produktion deutlich zurückfahren.

Christian Böhm prangerte die fahrlässige Vorgangsweise der US-Banken, der unglücklicherweise auch die europäischen Banken folgten, bei der Kreditvergabe an finanzschwache Kreditnehmer an. Durch den Verfall der Wertpapiere erlitten die

Pensionskassen hohe Veranlagungsverluste und sind zu Pensionskürzungen bei ca. 40.000 Ruheständlern gezwungen.

Einig war man sich an diesem Abend: 2008 war die Götterdämmerung des Neoliberalismus und der Yuppie-Investmentbanker. 2009 wird einen Paradigmenwechsel bringen. Wie lange die Krise dauern wird, wollte und konnte keiner sagen.

**BSA Salzburg: Sozialpolitik im Pinzgau**

**Landesrätin Erika Scharer war zu Gast beim BSA und gab einen breiten Überblick über aktuelle Themen, Probleme und ihre Lösungen.**

Die weltweite Wirtschaftskrise hat auch in Salzburg ihre Spuren hinterlassen. Zu ihrem Amtsantritt 2004 hatte Gabi Burgstaller Vollbeschäftigung in Salzburg bis 2008 versprochen, was dank der vielen Bemühungen der SPÖ bereits 2007 erreicht wurde – ein in Österreich einzigartiger Erfolg. Nun gibt es aber wieder 26.600 Arbeitslose im Land.

Wie rücksichtslos große Konzerne bei der Kündigung von Arbeitskräften sein können, hat Salzburg in den letzten Jahren mehrmals erfahren – zuletzt bei der Schließung der Papierfabrik M-Real in Hallein. Gabi Burgstaller hat alles versucht, die Arbeitsplätze zu retten: Gespräche mit der Geschäftsführung, dem Firmenpartner in Südafrika und der EU – die regionale Politik ist machtlos. Es gehören hier auf europäischer Ebene völlig andere Regeln gesetzt und der Profitgier endlich ein Riegel vorgeschoben.

Betroffen von der neuen Arbeitslosigkeit sind in erster Linie Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, ältere Arbeitnehmer, Leiharbeiter und Behinderte. Die Salzburger SPÖ hat bereits reagiert und tut alles, was in der Macht einer Regionalpolitik steht.

Während in Wien die dafür zuständige ÖVP mit der Freimachung der Mittel für ein Konjunkturpaket zögert, hat die SPÖ in Salzburg spontan reagiert und bereits voriges Jahr ein umfassendes Arbeitslosenpaket geschnürt. Dazu gehören: neue Beschäftigungsmöglichkeiten und Nischen am Arbeitsmarkt finden, Arbeitslose durch Um- und Neuschulungen fit für den Arbeitsmarkt machen und Ausbildungsmöglichkeiten schaffen.

Um Arbeit zu schaffen, wurden von Landeshauptmann-Stellvertreter David Brenner Investitionen in öffentliche Bauten vorgezogen: Straßen- und Brückenbau, das Krankenhaus in Zell am See...

Das Land fördert die Einstellung von Behinderten in ihren eigenen Betrieben und in der Landesverwaltung.

Landesrätin Erika Scharer betont die Wichtigkeit von Implacement-Stiftungen für eine nachhaltige Arbeitsmarktpolitik: Ursprünglich primär als Instrument der Integration älterer Arbeitsloser konzipiert, wurde die Implacement-Stiftung im Laufe der vergangenen Jahre schrittweise für jüngere Zielgruppen geöffnet und hat sich auch hier bewährt. Da der/ die künftige Arbeitgeberin bereits zu Beginn der Stiftungsteilnahme feststeht – und sich an den Qualifizierungskosten beteiligt – liegt die „Erfolgsquote“ (im Sinne der Integration in den 1. Arbeitsmarkt) praktisch bei 100%.

In Erika Scharers Zuständigkeitsbereich fallen auch Pflege, Behinderten-angelegenheiten und Jugendwohlfahrt. Hier bestanden während der ÖVP-Regierung enorme Versorgungsdefizite im ländlichen Raum. Die SPÖ hat den psychotherapeutischen Bereich in Schwarzach ausgebaut, Wohngruppen für psychisch Kranke installiert und eine Krisenintervention in Zell am See errichtet. Außerdem gibt es jetzt erstmals eine Pflegeberatung für pflegende Angehörige. Das Personal an den Jugendämtern wurde verstärkt. Das ist nicht nur Hilfe für Notleidende Menschen im ländlichen Raum, sondern auch attraktive Jobs für Fachkräfte.

Während der schwarz-blauen Regierungsperiode wurden durch die öffentliche Hand keine Lehrstellen mehr gefördert – heute fehlen viele Fachkräfte. Es gibt aber Gegenbeispiele, wie etwa die Mitterberghütten: Hier wird im Rahmen einer überbetrieblichen Ausbildung Lehrlingen aus verschiedenen Berufsgruppen der Metallbranche die Möglichkeit geboten jene Qualifizierungen zu erlangen, die der Ausbildungsbetrieb nicht bieten kann. Zusätzlich werden auch Mitarbeiter von Betrieben für neue Verfahrenstechniken und neue Maschinen ausgebildet.

Ein derzeit noch ungelöstes Problem ist das Gastgewerbe. Es gibt viele Einheimische die im Gastgewerbe tätig sind, aber durch die derzeitigen Arbeitszeiten werden auch viele aus diesem Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Ziel der Landesrätin Erika Scharer ist ein zwischen den Sozialpartner ausverhandeltes Modell, dass es den Arbeitnehmern ermöglicht, familiäre Betreuungspflichten mit den beruflichen Anforderungen zu verbinden.

Ein weiteres Problem ist die Förderung von Betriebsansiedelungen. Die Verfahren dazu gehören vereinfacht. Viele Firmen schrecken die hohen Grundstückspreise von einer An-

siedelung in Salzburg ab. Der Pinzgau hat dazu ein weiteres Problem: die schlechte Verkehrsanbindung von den Gebirgsregionen an den Zentralraum. Die SPÖ fordert hier schon lange eine Verbesserung.

Der im vorigen Jahr gesetzlich beschlossene Schlechte-Zeiten-Schutz soll die Geldmittel für diese Vorhaben auch weiterhin sichern: pro 1% Arbeitslosigkeit werden künftig 1,1 Millionen Euro für aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung gestellt. Denn der Mensch geht vor.

**Erfolgreiche Rote Kriminacht**

**Der BSA hat ein erfolgreiches Veranstaltungsformat mehr. In Zusammenarbeit mit dem BSA Salzburg lud die Fachgruppe Medienberufe fünf Autoren ins BSA-Bundessekretariat zur ersten „Roten Kriminacht“.**

Der Vorsitzende der Medienberufe, Erich König, konnte viel mehr Besucher als erwartet begrüßen. Sie saßen eng an-



**Unser Ziel:  
Sie schauen  
sicher in die  
Zukunft.**

Sozialdemokratische GewerkschafterInnen  
1010 Wien, Teinfaltstraße 7  
Tel: 01/534 54/240, www.goedfsg.at



einander. Dass es trotzdem nicht (zu) kuschelig wurde, lag an den vorgetragenen Texten.

Manfred Bauer las aus „Gute Reise, Miss Wellness“. Auch dieser Roman um den Helden Amadeus Landauer spielt im burgenländischen Kurort Bad Tatzmannsdorf. Das traurige, aktuelle Thema des Buches: Frauenhandel an der österreichisch-ungarischen Grenze, eine ganz besonders unappetitliche Form des Grenzverkehrs.

Freunde des gepflegten Schrotflintenmordes kamen bei Ronnie Bresich auf ihre Rechnung. Wobei Wasserleichen nicht völlig ausgeschlossen sind, denn sein Krimidebüt „Im trüben Wasser“ handelt in der nur scheinbaren Idylle des burgenländischen Seewinkel.

Irmtraut Karlsson servierte diesmal keine bekömmliche Mischung aus Kurzkrimi und Mehlspeiserezepten. Im Gegenteil, ihr Text „Die Toten von Bruck“ blieb im Magen liegen. Geht es doch um den Tod von ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern, die 1944 in Bruck an der Leitha starben. Das Buch, das in Zusammenarbeit mit der Historikerin Petra Weiß entstand, zeigt auch den Umgang mit der jüngsten Zeitgeschichte in einer kleinen niederösterreichischen Stadt der Zweiten Republik.

Margarita Fuchs ist trotz Publikationen („Das große Fest in Portobuffolé“, „Talentierte Labyrinth“ „Ich träumte weiß“) bisher nicht als Krimiautorin hervorgetreten. Das sollte sich ändern. Der „scharfe“ Schluss der unveröffentlichten Erzählung der Rauriser Förderungspreisträgerin 2008 bleibt im Gedächtnis.

Auch Peter Kemptner hat bereits publiziert („Tränen im Flugzeug und andere Splittergedanken“), auch er ist neu im Krimigenre. Und auch er zeigte, dass man noch einiges von ihm lesen wird.

Ermutigt von dem Erfolg und der allgemeinen Zustimmung schließt König nicht aus, dass es weitere derartige Veranstaltungen geben wird, eventuell in einem größeren Rahmen.

#### BSA Steiermark: Diskussion über Strafrechtsreform

**Die dritte Staffel der ImpulsStammtisch-Reihe ging zu Ende. Das Café im Grazer Kunsthaus (IKU) war wieder einmal gut gefüllt; und das zu Recht: Stand nämlich diesmal unser Rechtssystem, genauer das Strafrecht, im Mittelpunkt eines Impulsstammtisches.**

Die Vorsitzende der Fachgruppe JuristInnen im BSA-Steiermark, Landesrätin Bettina Vollath: „Damit unser Staat das Zu-

sammenleben so gerecht wie möglich organisieren kann und die Menschen zu „ihrem Recht“ kommen, ist es unsere Aufgabe, das Rechtssystem ständig zu diskutieren und immer wieder zu erneuern. Als Juristin wie als Politikerin ist es mir wichtig, dass so viele Menschen wie möglich an diesen Debatten teilnehmen! Nicht nur JuristInnen und PolitikerInnen. Doch bin ich sehr froh solch profunde Experten dieser Materie hier beim BSA begrüßen zu können.“

Udo Jesionek, ehemaliger Präsident des Jugendgerichtshofes Wien und Präsident der Verbrechenhilfeorganisation „Weisser Ring“ in seinem Einleitungsstatement: „Bis vor kurzem hat das Strafprozessrecht auf die psychosoziale und emotionale Betroffenheit des Opfers in keiner Weise Rücksicht



v. l. Udo Jesionek (Präsident „Weisser Ring“), Claudia Gigerl (Moderatorin - Kleine Zeitung), Bettina Vollath (Landesrätin und BSA-Vorsitzende der JuristInnen), Thomas Mühlbacher (Oberstaatsanwalt Graz).

genommen. Das Opfer war lediglich Beweismittel und musste als Zeuge zur Wahrheitsfindung beitragen. Erst durch das Engagement privater Opferhilfeorganisationen, vor allem des Weissen Rings und der Vereine zur Hilfe für misshandelte und missbrauchte Frauen und Mädchen kam es nach einigen bescheidenen Anfängen zu einer grundsätzlichen Neuordnung der Opferrechte durch das Strafprozessreformgesetz 2004 das zur Gänze am 01.01.2008 in Kraft trat. Seither hat das Opfer eine Reihe von Rechten auf Information, Vertretung, auf Mitwirkung und Kontrolle sowie auf Rechtsmittel gegen Akte der Staatsanwaltschaft und Polizei und Entscheidungen des Gerichtes. Gewalt- und Sexualopfer sowie gewisse Angehörige haben auch Anspruch auf kostenlose umfassende psychosoziale und juristische Prozessbegleitung von der ersten Einvernah-

me bis zum Abschluss des gerichtlichen Verfahrens.“

Thomas Mühlbacher von der Oberstaatsanwaltschaft Graz dazu: „Eine erste Bestandaufnahme zeigt, dass der Aufwand der für den Vollzug der neuen Verfahrensvorschriften hauptverantwortlichen Staatsanwaltschaften eher unter- als überschätzt wurde. Trotz knapper Ressourcen und unvermeidlicher Anlaufschwierigkeiten zeichnet sich aber ein Funktionieren des neuen Systems und damit ein rechtsstaatlicher Gewinn ab.“

Unter der Moderation von Kleine Zeitung-Redakteurin Mag. Claudia Gigerl wurden im Anschluss die durchaus kontroversielle Ansichten diskutiert und das Strafrecht, als Ausdruck der gemeinsamen Werthaltungen unserer Gesellschaft, genauer betrachtet.

#### BSA Vorarlberg: Sind die Pensionen noch sicher?

**Nachdem in der Öffentlichkeit immer wieder verkündet wird, dass die Pensionen nicht mehr leistbar sind und bezahlte Meinungsgurus laufend Pensionsreformen einfordern, hat die Landesorganisation Vorarlberg zu einer Diskussion unter dem Titel „Sind die Pensionen noch sicher“ eingeladen. Als Referent konnte der Obmann des Pensionistenverbandes in Vorarlberg, Erich de Gaspari, gewonnen werden.**

Er war langjähriger Referent in der Wiener Arbeiterkammer und kennt das Problem in- und auswendig. Er gab zuerst einen historischen Rückblick über die Entwicklung der Sozialleistungen seit 1909. Diese Entwicklung zeigt, dass es einen Solidaritätsvertrag gibt, aber keinen Generationenkrieg.

Seit der Pensionsreform 1986 teilen sich die Kosten der Pensionen zu je einem Drittel der Bund, Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Dieser Schlüssel hat sich insofern geändert, als sich der Bund auf 20% zurückgezogen hat. Weiters hat die blau-schwarze Regierung die private Pensionsvorsorge als zweite Säule propagiert und die Anlage in Fond und Aktien gefördert. Die weltweite Finanzkrise hat nun gezeigt, dass die Papiere an Wert stark verloren haben und sich diese Pensionen spürbar verringern. Das Fazit aus Sicht der Pensionisten ist, dass die Pensionen staatlich und damit sicher bleiben müssen. Fordern dies doch heute auch schon die Privatisierer.

Regierung, Experten und Politiker posaunen seit Jahren, die Pensionisten leben zu lange, fressen den Jungen alles weg und es sei nicht sicher, ob die heute Jungen 2050 überhaupt noch eine Pension bekommen. Dem ist entgegen zu halten,

dass die heutigen Pensionisten den Wohlstand nach dem Kriege erarbeitet haben und die Wirtschaft heute auch zu einem großen Teil von den Pensionisten lebt. Zudem frisst die Steuer sehr viel weg (38,3% Einstieg). Dazu ist noch ein Pensionsversicherungsbeitrag von 3,5% für die selbst eingezahlten Beträge zu leisten.

Altbundeskanzler Schüssel hat vor Jahren festgestellt, dass die 2,1 Millionen Pensionisten zuviele Ersparnisse haben. Um an diese heran zu kommen, wurden Sozialleistungen gekürzt, die Großeltern sollten die Enkeln betreuen, damit die Eltern arbeiten können, Frauen ohne Kinder sind von der Mitversicherung ausgenommen und Schenkungen an Kinder und Enkel wurden jahrelang steuerfrei gestellt, um den Spargroschen locker zu machen. Man hat nachhaltig versucht das soziale Netz aufzuknüpfen. Eine halbe Million Arme und über 1 Million Armutsgefährdete sind das Ergebnis dieser Politik im vierreichsten Staat der Europäischen Union. Suppenausspeisung, Tischlein deck dich, Armenküche, Second Hand Shop sind un-



**Ennskraft**

Besuchen  
Sie  
unsere  
homepage

[www.ennskraft.at](http://www.ennskraft.at)

seres Staates unwürdig. Den Bürger auf niedrigstem Level sozial völlig abhängig zu machen und in die Armut zu treiben. Der Turbokapitalismus schürt das kollektive Vorurteil und will die Gesellschaft spalten, um seine Ziele zu erreichen.

Die laufende Teuerung der Lebenshaltung, der Energie und der Gesundheitskosten erfordern eine Änderung in der Zusammensetzung des Warenkorbes. Pensionisten kaufen nicht täglich PCs, Kameras, Handys oder sonstiges technisches Gerät, die den Index nach unten drücken. Sie müssen menschliche Hilfe zukaufen, teure Medikamente, Behelfe und Nahrungsergänzung mit einer immer geringer werdenden Pension.

Das Anfallsalter zu erhöhen ist schlechthin Humbug, solange die Wirtschaft schon Arbeitskräfte ab 45 Jahren dem Sozialstaat anhängt, in welcher Form auch immer. Betriebe werden aus reiner Gier ausgelagert oder zugesperrt und Arbeitsplätze vernichtet. Dies noch mit Förderung aus Brüssel.

Als Fazit aus der Diskussion ergab sich, dass die Pensionen, auch die der privaten Vorsorge, wertgesichert bleiben müssen, dass der Pensionssicherungsbeitrag aufgehoben wird, es auch für Pensionisten eine Negativsteuer geben muss und der Warenkorb entsprechend den geänderten Verhältnissen und Kaufgewohnheiten erstellt werden soll, um eine gerechte Verteilung zu erreichen.

### Neu Basis: Diskussion zur sozialen Frage

**Die Neu Basis konnte ein prominentes Podium für eine der wichtigsten Zeitfragen zusammenstellen. Barbara Hauen-schild, Dr. Andreas Höferl (beide ÖGPP), Jenny Sommer (Neu Basis), DDr. Michael Landau (Caritas), Rudolf Hundstorfer, Gertraud Knoll (beide SPÖ), Matthias Vavra (Neu Basis), Karl Öllinger (Die Grünen) und Martin Schenk (Armutskonferenz) diskutierten über Armut und die soziale Frage.**

Nach der Vorstellung des 2. Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich, der unter anderem deutlich machte, dass mehr als eine Million Menschen armutsgefährdet sind, bilanzierte die hochkarätige Diskussionsrunde, dass die soziale Frage die wahrscheinlich wichtigste politische Frage ist. Die Politik hat die historische Chance, mehr zu tun als zu reden und Konsequenzen zu fordern. Die Neu Basis hat neben der Organisation im Rahmen des Neu Basis Forum auch mit einer Sachspende für die Gruft gehandelt und einen kleinen Beitrag geleistet. An diesem Abend waren sehr viele gute gesellschaftliche Kräfte repräsentiert, die alle das Gleiche wollen, nämlich Armut

beseitigen und soziale Gerechtigkeit in Österreich wiederherstellen. Vielleicht war es einer jener Tage, an dem die Umsetzung der vielen guten Ideen begann, deren Zeit ist jedenfalls gekommen.

### BSA-BURGENLAND:

## NACHRUf JULIUS SCHABERL

Anfang Jänner ist unser Vorstandsmitglied Landesschulinspektor Mag. Julius Schaberl plötzlich verstorben. Unser Freund war ein leidenschaftlicher und engagierter Pädagoge: zuerst Lehrer für Geografie und Geschichte, wurde er 1987 Schulleiter der HBLA Güssing, 1998 Direktor des Gymnasiums in Güssing. 2004 wurde er schließlich zum Landesschulinspektor für die Allgemein Bildenden Höheren Schulen bestellt.

Julius hat die jungen Menschen, die Schülerinnen und Schüler, wirklich verstanden – ihnen hat sein ganzes Wirken gegolten. Er war einer, der nie stehen geblieben ist. Hart zu sich selbst, aber auch sehr fordernd seinen MitarbeiterInnen gegenüber. Er war ein Visionär, aber auch ein hervorragender Manager, der seine Vorstellungen von einem zeitgemäßen Schulwesen umzusetzen trachtete. Grenzen waren dazu da, um sie zu überwinden. Kaum etwas konnte ihn mehr in Rage bringen als LehrerInnen, die „das schon immer so gemacht haben“, die nicht veränderungsbereit waren und die nicht bedingungslos für ihre SchülerInnen da waren.

Er war auch ein überzeugter Sozialdemokrat. Es war nicht Parteiloyalität, die ihn auszeichnete, seine Loyalität galt den Werten Chancengleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Gelitten hat er nicht an der Politik der anderen Parteien – da hat er sich nichts anderes erwartet – gelitten hat er, wenn die reale Politik der SPÖ wenig mit dem zu tun hatte, wovon er überzeugt war.

Seine Debattenbeiträge in unseren Sitzungen waren geprägt von seiner umfassenden Bildung, seinem Humanismus und seinem Engagement. Diese Wortmeldungen werden wir schmerzlich vermissen!